Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post
bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffersatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt.
Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten
die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu
senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 348. Mittwoch den 14. December 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **5. bis 11. December d. J.** im Argandbrenner bei 2.5 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 16.3fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.440.

Leipzig, am 12. December 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten

Ausschreibung.

Die zu dem Umbau im **Leihhausgebäude** erforderlichen **Schlosserarbeiten** und Herstellungen von **Gasleitungen** sollen vergeben werden.

Bedingungen und Unterlagen hierzu können im Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, gegen Erlegung von 30 ₰ entnommen werden.

Die Angebote sind versiegelt mit der Aufschrift **„Schlosserarbeiten im Leihhausgebäude“**, bez. **„Gasleitungen im Leihhausgebäude“** bis zum 27. December d. J. Abends 5 Uhr an obendezeichneter Stelle einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 12. December 1887.

Ib. 4829. **Des Raths der Stadt Leipzig Baudeputation.**

Volkmarsdorf.

Bekanntmachung, den Christmarkt in Volkmarsdorf betr.

Der von der Königlichen Amtshauptmannschaft zu Leipzig genehmigte diesjährige Christmarkt soll in den Tagen vom **21. bis 24. December** allhier abgehalten werden, wobei Waaren aller Art feilgeboten werden können.

Alle Marktferanten haben sich bei Aufstellung ihrer Buden oder Stände den Anordnungen des Marktmeisters unbedingt zu fügen.

Standgeld wird nur von Auswärtigen und zwar 50 ₰ pro Platz erhoben.

Für Erwärmung der Buden bei Nacht haben die Marktferanten selbst zu sorgen.

Anmeldungen werden im hiesigen Rathhause, Zimmer Nr. 1, entgegengenommen.

Volkmarsdorf, am 8. December 1887.

Der Gemeindevorstand.
Lehmann.

Grundstücksversteigerung.

Von dem unterzeichneten Amtsgericht soll

Donnerstag, den 29. December 1887,
Vormittags 10 Uhr

das zum Nachlasse des Kürschnermeisters Franz Theodor **Strieter** in Rötha gehörige, auf Folium 650 im Grundbuche für Rötha verlautbarte, für die Kürschnerei bezw. Gerberei eingerichtete Haus- und Gartengrundstück, welches ohne Berücksichtigung der Ostalten auf 17,000 ℳ abgeschätzt worden ist, und zwar im Grundstücke selbst zu Rötha freiwilliger Weise versteigert werden.

Erstehungslustige haben sich an gedachtem Tage vor 10 Uhr Vormittags im Grundstücke als Bieter anzumelden, ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen und sich weiterer Verhandlung und Entschließung zu gewärtigen.

Größe und Belastung des Grundstückes und die Versicherungsbedingungen können an Amtsgerichtsstelle, woselbst ein diesbezüglicher Anschlag aushängt, eingesehen werden.

Borna, am 7. December 1887.

Königliches Amtsgericht.
Dr. Rodig. Rel. II.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Gesammtlage.

Den ersten Gegenstand der politischen Tagesordnung bildet nach wie vor das Verhältniß zwischen Rußland und Oesterreich. In dieser Beziehung hat sich in den letzten Tagen eine gewisse Beruhigung Bahn gebrochen, welche aber nicht aus der Annahme entspringt, daß die Gefahr abgewendet sei oder daß Aussicht bestehe, eine Aussöhnung der vorhandenen Gegensätze zu erreichen, sondern durch das Ergebniß der militärischen Prüfung der Grenzverhältnisse erzeugt ist. Man ist in Oesterreich besser gerüstet, als es ursprünglich den Anschein hatte, und diese Thatsache gewährt eine Beruhigung, welche vor der Berathung unter dem Vorsitz des Kaisers am 8. December nicht vorhanden war. Daß Rußland die unschuldigste Miene von der Welt annimmt, kann nicht in Erstaunen setzen, das ist russische Art, welche seit langer Zeit bekannt ist, dadurch wird der Ernst der Lage in keiner Weise verändert. Dahin gehören die Versicherungen friedlicher Gesinnung Rußlands durch den Brüsseler „Nord“. Wenn dieses halbamtliche Blatt die angeblichen Rüstungen Rußlands einfach in den Bereich der Fabel verweist, wenn es von örtlichen Bedürfnissen und von Futterverhältnissen spricht, so kann man daraus nicht auf eine günstigere Wendung der russischen Absichten schließen. Der „Nord“ hofft die Lacher auf seine Seite zu ziehen, indem er ihnen den Verdacht, daß Rußland mit den um Warschau concentrirten 120,000 Mann einen Ueberfall auf Oesterreich beabsichtigen könnte, als eine Abgeschmacktheit darzustellen sucht. Das Blatt hofft den komischen Eindruck dieser Unterstellung noch durch die Behauptung zu verschärfen, daß man in Berlin sehr wohl wisse, daß Rußland nicht auf Krieg sinne. Auf der anderen Seite kann aber der „Nord“ nicht leugnen, daß eine sehr tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen Rußland einerseits und Oesterreich und Italien andererseits über die Zukunft Bulgariens bestehe. Von Deutschland bemerkt der „Nord“, daß es mit Rußland einverstanden sei, sich wegen Bulgariens nicht zu verfeinden.

In dieser Gegenüberstellung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland und zwischen Rußland und den beiden anderen Centralmächten liegt ein diplomatischer Kniff, dessen Zweck handgreiflich ist; es soll dadurch Mißtrauen geäet werden, die öffentliche Meinung soll zu dem Glauben gebracht werden, daß der Dreibund nicht fest genug sei, um Deutschland im Verein mit Oesterreich und Italien zur Abwehr russischer Gewaltmaßregeln in Bulgarien zu den Waffen zu rufen. Es soll dadurch die Ungewißheit im Schwange erhalten werden, ob denn der Dreibund überhaupt seine Kraft behält, wenn es wegen Bulgarien zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zum Kriege kommt.

Daraus erklärt sich auch das Streben französischer Blätter, die Veröffentlichung des Bündnißvertrages zwischen den drei Centralmächten herbeizuführen. Daß eine solche unmöglich und nach den überall geltenden Regeln gar nicht erwartet werden kann, ist Denen, welche diese Angelegenheit betreiben, sehr gleichgiltig; ihr Zweck ist erreicht, wenn der Zweifel wegen des Inhalts des Vertrages wach erhalten und dadurch Mißtrauen gegen Deutschlands Absichten erregt wird.

Die wahre Bedeutung der deutschen Politik liegt darin, daß Rußland stets der Weg offen gehalten werden soll, Das, was es nach Lage der Verhältnisse in Bulgarien auf friedliche Weise erlangen kann, auch zu erreichen. Ueber das Maß der Zugeständnisse mag ein Unterschied in der Auffassung Deutschlands und Oesterreichs bestehen, aber jedenfalls nicht darüber, daß diese Zugeständnisse nicht erzwungen werden dürfen, sondern das Ergebniß der freien Vereinbarung sein müssen. Diese Haltung Deutschlands hat den Vorzug, daß sie Rußland von der Annäherung an Frankreich zurückhält, denn das Bündniß dieser Macht hat für Rußland nur unter der Voraussetzung Werth, daß es mit Deutschland in Kampf gerätt, und in gleicher Lage befindet sich Frankreich Rußland gegenüber. Frankreich hat an der Gestaltung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel eher das gleiche als das entgegengesetzte Interesse mit Oesterreich, denn auch für Frankreich ist es nicht gleichgiltig, wenn Rußland bei einem neuen Kriege auf der Balkanhalbinsel Konstantinopel seinem Machtbereich einverleibt; aber Frankreich hat ein naheliegendes Interesse, Rußlands Militärmacht an seiner Seite zu sehen, wenn es den Rachekrieg gegen Deutschland unternimmt. Frankreich scheint die Hoffnung noch nicht aufgegeben zu haben, im entscheidenden Augenblicke den Dreibund aufzulösen, so daß Deutschland dem Bunde Rußlands und Frankreichs ohne Bundesgenossen gegenübersteht, aber diese Hoffnung hängt an einem Strohhalm, denn es ist undenkbar, daß Rußland an einem Kriege gegen Deutschland theilnimmt, wenn es in diesem nicht einen Gegner seiner Pläne auf der Balkanhalbinsel zu bekämpfen hat. Deshalb kann der Dreibund seiner ganzen Natur und Bestimmung nach nur defensiver Natur sein; der Gesichtspunct des gleichzeitigen Angriffs von zwei Seiten, welcher für das deutsch-österreichische Bündniß maßgebend war, ist auch unter veränderten Verhältnissen für den Dreibund die Voraussetzung der gemeinsamen Abwehr.

Rußland unternimmt einen Krieg auf der Balkanhalbinsel nicht eher, als bis das Bündniß mit Frankreich fertig ist, und insofern hat der „Nord“ Recht, wenn er für Rußland friedliche Absichten in Anspruch nimmt, aber dieser Auffassung der Sachlage stehen zwei sehr wesentliche Momente gegenüber, und diese sind das Rachegefühl der Franzosen und der Wunsch Rußlands, nach Konstantinopel vorzudringen.

Rußland hat die Wahl Sadi Carnot's mit größter Befriedigung willkommen geheißen, weil es dieses Ereigniß im Sinne der Befestigung und Gesundung der französischen Verhältnisse auffaßte. Merkwürdigerweise haben dieselben russischen Organe, welche Sadi Carnot Beifall zujubelten, auch nicht mit dem Ausdruck ihrer Genugthuung zurückgehalten, als in Frankreich die Dictatur Boulanger's erwartet wurde. Man erkennt daraus, daß Rußland schließlich jeder Regelung der französischen Verhältnisse seine Zustimmung giebt, welche die Hoffnung auf Dauer erregt. Rußland nimmt nicht sowohl Anstoß an der Republik als an der Unzuverlässigkeit der republikanischen Regierung, eine so durchaus absolute Macht kann sich nicht entschließen, mit einer Macht ein Bündniß einzugehen, in welcher die an der Spitze stehenden Personen alle halben Jahre wechseln. In Frankreich ist man sich der Berechtigung dieses Mißtrauens sehr wohl bewußt, und deshalb zeigt sich das Bestreben, wenigstens trotz alles sonstigen Wechsels die Stetigkeit in der Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten aufrecht zu erhalten. Flourens war bisher der feste Punct, um welchen sich alle Ministercombinationen unter der Präsidentschaft Sadi Carnot's gestalteten. Es schreibt, daß Tirard mit der Bildung des Cabinets zu Stande kommen wird, nicht als ob er besser dazu befähigt wäre als seine Vorgänger Floquet und Goblet, sondern nur, weil die Nothwendigkeit, dem bisherigen Zustande ein Ziel zu setzen, allgemein zum Bewußtsein gekommen ist.

Auch die innere Entwickelung Frankreichs ist seit geraumer Zeit wesentlich von Rußland abhängig, so sehr auch das „Journal de St. Pétersbourg“ gegen die Straßenreden, welche eine Einmischung Rußlands in die inneren Verhältnisse Frankreichs hervorrufen wollen, Einspruch erhebt. Es mag für die russische Regierung unbequem sein, daß Deroulede als der Hauptvertreter des russisch-französischen Bündnisses figurirt; aber an der Thatsache läßt sich nichts ändern, daß dieser Agitator dem Gedanken eines solchen Bündnisses in Frankreich und Rußland zahlreiche Anhänger gewonnen hat. Beide Mächte, Frankreich und Rußland, haben ihren Vereinigungspunct in der Leidenschaft, mit welcher die Chauvinisten in Frankreich den Rachekrieg predigen und die Panslawisten in Rußland für die Weltherrschaft des Moskowiterthums eintreten. Herrschsucht und nationale Ueberhebung sind das Bindemittel, welches Frankreich und Rußland vereinigt; Aufrechthaltung des Bestehenden und Fortentwickelung des Lebensfähigen ist die Grundlage des Dreibundes. *

Leipzig, 14. December 1887.

* Wie bereits erwähnt, enthält der dem Reichstage vorliegende Marineetat pro 1888/89 für den Bau eines neuen Kreuzer-Schiffes (Kreuzer C) als erste Rate den Betrag von 1 Million Mark. Das Schiff soll in größeren Dimensionen als die bisherigen Kreuzer gebaut werden und es sind die gesammten Baukosten einschließlich der Ausrüstung, aber ohne Artillerie- und Torpedo-Armirung, auf 1,600,000 ℳ veranschlagt. Die „Danziger Zeitung“ meldet nun, daß dieses neue Schiff auf der kaiserl. Werft in Danzig erbaut werden soll. Der Bau soll möglichst bald nach definitiver Bewilligung des Etats, an der angesichts des einmüthigen Beschlusses der Budget-Commission wohl nicht zu zweifeln ist, in Angriff genommen werden.

* Die „Vossische Zeitung“ schreibt zur Verlängerung der Legislaturperioden: „Es ist wahr, daß einige freisinnige Führer sich vor vielen Jahren für die fünfjährige Legislaturperiode ausgesprochen haben; es ist richtig, daß sie an dieser Ueberzeugung aus sachlichen Gründen noch heute festhalten. Aber es ist doch nur ein Theil der freisinnigen Partei, der so denkt. Andere Mitglieder derselben Partei halten auch aus sachlichen Gründen die dreijährige Legislaturperiode für vorzüglicher als die fünfjährige. Und noch ein anderer Theil steht der Frage ziemlich kühl gegenüber. Er sieht in der Länge der Legislaturperiode keine Principienfrage; er hält eine Verlängerung derselben aus sachlichen Gründen für erträglich, ohne sie für nothwendig zu halten.“ Unter den gegenwärtigen Umständen aber, führt das fortschrittliche Blatt weiter aus, werde die ganze deutschfreisinnige Partei gegen den Antrag stimmen. Es ist gut, sich dieser Auffassung der Sache als einer reinen augenblicklichen Zweckmäßigkeitsfrage zu erinnern, wenn die deutschfreisinnigen Redner nachher im Reichstag das stolze Principienroß reiten werden.

* Im Jahre 1886 betrug die Zahl der Gymnasien im deutschen Reiche 404; von diesen entfielen auf Preußen 258, auf Bayern 33, auf Sachsen 16, auf Württemberg und Baden je 14, auf Elsaß-Lothringen 13, auf Hessen und Mecklenburg-Schwerin je 7, auf Braunschweig 6, auf Oldenburg 5, auf Anhalt 4, auf die übrigen kleinen Staaten zusammen 27. Progymnasien waren 47 vorhanden, davon 34 in Preußen. Realgymnasien gab es 136 und zwar 90 in Preußen, 11 in Sachsen, 6 in Mecklenburg-Schwerin, 5 in Bayern, 4 in Hessen, 3 in Elsaß-Lothringen, je 2 in Baden und Württemberg und 13 in verschiedenen kleineren Staaten. Realprogymnasien gab es 107, davon 53 in Preußen. Außerdem bestanden noch 16 Oberrealschulen (13 in Preußen und 3 in Württemberg) und 153 Realschulen und Höhere Bürgerschulen (38 in Preußen, 33 in Bayern, 20 in Sachsen, 10 in Württemberg, 9 in Baden, 13 in Hessen, 11 in Elsaß-Lothringen u. s. f.). Mit Einrechnung von 86 anderen öffentlichen und privaten höheren Schulen betrug daher die Gesammtzahl der berechtigten Anstalten im deutschen Reiche 949 gegen 942 im vorhergehenden Jahre. Auffallend ist die verhältnißmäßig hohe Zahl von Realprogymnasien in Preußen, wie die verhältnißmäßig geringe Zahl von Realschulen und Höheren Bürgerschulen in demselben Staate.

* * *

* Daß es mit der Magyarisirung deutscher Landstriche in Ungarn nicht immer so rasch geht, als man nach den gewaltigen Anstrengungen, die der leitende Stamm in dieser Richtung in Ungarn macht, glauben möchte, zeigt die kleine deutsche Sprachinsel von Deutsch-Brona im ungarischen Erzgebirge. Dieselbe besteht aus den Ortschaften Deutsch-Brona, Betelsdorf, Zeche, Schmiedshof, Grundstollen, Benischdorf, Haidel, Hromnigs, Wiesenhäusl und Mäuschwiese und zählte 1880 10,389 Einwohner, von denen 9663 Deutsche, 264 Slowaken, 11 Magyaren und 393 des Sprechens noch unkundige Kinder waren. Trotzdem die Orte nur theilweise deutschen Unterricht und Gottesdienst hatten, ist es den Magyaren in den 13 Jahren von 1867 bis 1880 nicht gelungen, auch nur in einem Dorfe der Sprachinsel festen Fuß zu fassen, während es die Slowaken fertig brachten, in drei in der Nähe der Sprachinsel liegenden, ehemals zum Theil deutschen Orten, nämlich in Klein-Proben, Kloster und Käferhäu, das Uebergewicht zu erlangen.

* Die russische Presse äußert sich natürlich über den Entschluß des österreichischen Kriegsraths, keine Verstärkungen nach Galizien zu schicken, sehr befriedigt und gestaltet sofort ihren Ton Oesterreich gegenüber freundlicher.

* Nach einer Meldung aus Bukarest erwartet man in dortigen unterrichteten Kreisen nach Erledigung der wichtigsten parlamentarischen Geschäfte die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung neuer Wahlen. Ein endgültiger Entschluß ist zwar noch nicht gefaßt, aber es gilt für zweifellos, daß dieser Vorgang in Regierungskreisen in ernster Erwägung steht und mit Rücksicht auf die schrankenlose Haltung der Opposition, welche durch Interpellationen verdächtigender Tendenz das Vertrauen der Bevölkerung zu den Behörden systematisch zu untergraben sich bemüht zeigt, selbst in gemäßigten Kreisen für kaum vermeidlich erachtet wird. In dieser Richtung thut sich insbesondere der oppositionelle Abgeordnete Fleva hervor, welcher seinem verunglückten Versuche, die correcte Amtsgebahrung des abgetretenen Kriegsministers Angheleskü in Zweifel zu ziehen, soeben in Form einer Interpellation einen ähnlichen Versuch gegen den Polizeipräfecten von Bukarest und andere hohe Würdenträger folgen ließ, indem er sie anläßlich eines schwebenden Falschmünzer-Processes als Mitcompromittirte darzustellen suchte.

* Ueber den Stand der socialdemokratischen Bewegung in Schweden und Norwegen wird der „Kölnischen Zeitung“ im Anschluß an ihre letzten ausführlichen Mittheilungen noch Folgendes geschrieben:

In Schweden hat die Bewegung neuerdings keine nennenswerthen Fortschritte gemacht. Sie war durch die Agitationsreisen der Führer in diesem Sommer künstlich angefacht, und wenn damals auch überall im Lande umher mancherlei Keime gelegt wurden, so zeigt es sich jetzt, daß nur wenige davon aufgegangen sind. So machte Palm bei einem zweiten Besuch in Linköping in einer von ihm daselbst angeregten Versammlung wolkenbrüchig Fiasko, so daß ihm zuletzt das Wort entzogen wurde. Natürlich war er darüber sehr aufgebracht und das socialdemokratische Organ suchte die Sache so gut wie möglich zu verdecken, aber an der Thatsache ließ sich doch nichts ändern. Das vor Kurzem in Gotenburg gegründete socialdemokratische Organ genügt der ihm gestellten Aufgabe in keiner Weise und wird von den eigenen Parteigenossen sehr lau unterstützt. Am 17. September wurde der dritte Jahrestag des socialdemokratischen Vereins in Stockholm gefeiert. Es waren dabei nur 500 Mitglieder — Herren und Damen zugegen, mehr hatte man nicht aufbieten können. Die Stimmung war eine ziemlich matte und die bei diesem Anlaß gehaltenen Reden erschienen farblos und bewegten sich in allgemeinen Redensarten. Augenscheinlich ist überall eine Erschlaffung in der Bewegung eingetreten. Das Interesse der Socialdemokraten Schwedens, vorzugsweise derjenigen Stockholms, war übrigens im Laufe des September hauptsächlich auf die Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstags gerichtet. Bisher stimmten die wenigen Socialdemokraten, die überhaupt die Berechtigung dazu hatten (es ist zum Wahlrecht ein Steuerpflichtigen jährliches Einkommen von 800 Kronen erforderlich), für die Candidaten der Liberalen. Da aber im vorliegenden Fall (der Reichstag sollte sich nur mit den Getreidezöllen befassen) sich viele Liberale auf die Seite der Rechten geschlagen hatten und umgekehrt, so daß die Wahlliste ein durchaus gemischtes Konterfei erhielten, so beschlossen die Socialdemokraten, diesmal eigene Candidaten aufzustellen. Das Ersuchen ließ sich verantworten; es zeigte die Stärke der Socialdemokraten im grellen Lichte. Von den 6—7000 abgegebenen Stimmen fielen nur etwa 250 auf die socialdemokratischen Candidaten. Wäre die Wahlberechtigung in Schweden eine ganz allgemeine, an keinen Census gebundene, so wäre der Ausfall allerdings ein anderer gewesen, aber gegen die übrigen Parteien wären die Socialdemokraten doch noch nicht aufgekommen. Und bis es dazu kommt, wird gewiß noch geraume Zeit vergehen. Selbst in Stockholm scheint die socialdemokratische Bewegung vorläufig ihren Gipfel überschritten zu haben und im Abnehmen begriffen zu sein. Ein sprechender Beweis dafür ist der Umstand, daß die beiden Abtheilungen des socialdemokratischen Vereins in Stockholm, die südliche und die nördliche, sich in eine einzige zusammengeschlossen haben, anscheinend aus dem Grunde, um kräftiger werden zu können, in Wirklichkeit aber, weil jede Abtheilung für sich zu schwach war und diese Organisation den an sie gestellten Anforderungen sonach nicht entsprach. Am 1. October wurde August Palm zur Verbüßung einer dreimonatlichen Gefängnißstrafe, zu der er wegen ehrenrühriger Aeußerungen über drei Professoren in Upsala verurtheilt worden war, nach dem Centralgefängniß bei Stockholm abgeführt. Darob große Erbitterung unter den Socialdemokraten, die sich nicht darein finden können, ihres Hauptführers für so lange Zeit beraubt zu sein. Am 9. d. fand eine große Versammlung aus diesem Anlaß statt, die folgenden Antrag annahm: „Die Versammlung spricht ihren Abscheu aus über die unwürdigen Versuche der oberen Klassen, die freie Forschung über das bestehende System zu hindern, sendet ihren Gruß dem gefangenen Socialdemokraten, der nur dafür gestraft wird, daß er die Wahrheit gesagt hat, und ermahnt die Arbeiter überall in Schweden, sich kräftig zusammenzuschließen, um die Macht in der gesellschaftlichen Ordnung zu erobern und sich selbst Freiheit und Recht zu erkämpfen.“ In Norwegen sind die Verhältnisse auf socialdemokratischem Gebiet in der letzten Zeit ziemlich unverändert geblieben. Die Regierung hat hier den sehr vernünftigen Entschluß gefaßt, den etwa zulässigen Forderungen der Socialdemokratie möglichst Vorschub zu leisten. Sie setzte einen Ausschuß ein, der über die Einführung eines Normalarbeitstages von zehn Stunden berichtet. Die Regierung soll somit in diesem Vorschlage ihre Zustimmung zu geben und dem nächsten im Februar nächsten Jahres zusammentretenden Reichstage einen Gesetzentwurf in diesem Sinne vorzulegen.

* Die niederländische Deputirtenkammer hat einen wichtigen Beschluß bezüglich einer Einkommensteuer gefaßt. Ein allgemeines directes Besteuerungssystem besteht in Holland nicht und Einkommensteuer wird nur von den Gemeinden erhoben. Nun beabsichtigte die Provinz Groningen eine provinziale progressive Einkommensteuer einzuführen, und zwar um den von den Grundsteuern schwer gedrückten Bauern zu helfen und die wohlhabenden Bürger der Stadt Groningen einen dem Verhältnissen mehr entsprechenden Theil der Ausgaben bezahlen zu lassen. Die Provinzial-Staaten genehmigten diesen Besteuerungs-Entwurf, allein die Zweite Kammer, welcher die Bestätigung jeder Provinzial-Steuer zusteht, verweigerte ihre Genehmigung mit 38 gegen 34 Stimmen. Voraussichtlich werden die anderen Provinzen jetzt keine Veranlassung nehmen, das Beispiel Groningens nachzuahmen.

* Die vom isländischen Althing angenommenen Gesetze (Finanzaufstellung für 1888—89, Rechnungsablegung früherer Jahre, Pfand und Heirathsbrief, Kranken-Versicherung und Wegebau) haben die Königliche Bestätigung erhalten. Der Minister für Island hat die Regeln bekannt gemacht, nach denen weibliche Studirende am Unterricht an der Bildungsanstalt für Geistliche in Reykjavik (in sämmtlichen Fächern mit Ausnahme von Homiletik, Pastoral-Theologie und Kirchenrecht) theilnehmen und eine Prüfung in Exegese, Dogmatik, Moral und Kirchengeschichte ablegen können.

* Nach einem Telegramm des „Standard“ aus Shanghai soll Prinz Chung, der Vater des Kaisers von China, der schon seit längerer Zeit kränkelte, gestorben sein.

* Aus New-York, 9. December, wird telegraphisch gemeldet: „Der Halifaxer (Neuschottland) Correspondent der New-Yorker „Tribune“ telegraphirt, daß ein Versuch gemacht worden sei, eines der großen Forts in jenem Hafen in die Luft zu sprengen. Obwohl der schändliche Plan in der beabsichtigten Ausdehnung mißlang, so haben doch die Gebäude und Vorräthe beträchtlichen Schaden erlitten. Seitens der Garnison wird große Aufregung und Entrüstung kundgegeben.“ Die Sache scheint indeß, wenn auch nicht gerade erfunden, doch echt amerikanisch aufgeputzt zu sein. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird nämlich gemeldet: „Am Donnerstag Abend gegen 8 Uhr wurden drei Männer auf der Georgeninsel in der Nachbarschaft des Schießbaumwollebehälters entdeckt. Die Tochter eines Sergeanten hörte einen derselben zu seinem Kameraden sagen: „Lasse mich nicht hier; verrichte Deine schmutzige Arbeit allein.“ Sie schlug unverzüglich Lärm, aber die Männer entkamen in einem Boote vor der Ankunft der Wache unter dem Schutze des zur Zeit herrschenden Schneegestöbers und der Dunkelheit. Es wurden unverzüglich Schritte gethan, um die auf der Rhede liegenden Schiffe zu durchsuchen und andere Vorsichtsmaßregeln ergriffen, allein es wurde nichts entdeckt. Es sind keine Beweise dafür vorhanden, daß versucht wurde, den Behälter zu beschädigen oder andern Schaden anzurichten, aber der Deckel eines im Bau begriffenen neuen Behälters wurde geöffnet vorgefunden. Die Behörden sind der Meinung, daß die beobachteten Individuen halbberauschte Matrosen waren, welche die Georgeninsel irrthümlich für das Festland angesehen und dort gelandet waren. Es wird jedoch keine Vorsichtsmaßregel verabsäumt und Extrawachen patrouilliren auf der Insel während der Nacht.“

Russische Bestrebungen in Oesterreich.

* Wer für Deutschösterreich je hingebungsvolleres Interesse bezeugt, wer je zu kämpfen für die Rechte der deutschen Nation eingetreten ist und warnend auf die Entwickelung der Dinge im Innern Oesterreichs hingewiesen hat, der konnte jetzt mit einer gewissen Befriedigung auf eine Reihe von Leuten herabsehen, die erst jetzt zu verspäteter Einsicht gelangen, wenn der Ernst der Lage eine solche Befriedigung gestattete. Jahrelang war man emsig bemüht, die dem Kampfen in Oesterreich fernstehenden Volksgenossen über die letzten Ziele der slawischen Bewegung in Oesterreich aufzuklären. Immer wieder erklärte es von Seiten der österreichischen Regierung zurück: Das sind demagogische Uebertreibungen, Auswüchse eines überhitzten deutschnationalen Wahnes. Man hing an dem Lieblingsgedanken fest, die Slawenwelt Oesterreichs durch stete Bevorzugung an den Staat zu fesseln; ein einflußreicher Theil der Presse Deutschlands hatte nicht Spottworte genug gegen die Agitatoren, die deutschen Schwarzseher von Beruf, welche von einer Slawisirung Oesterreichs auf Kosten der Deutschen faselten, und heute hat das Blatt sich derart gewandt, daß selbst Blätter wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den Faselhänsen von einst hat Recht geben müssen. Die „Politik“, das Organ Rieger's, schreibt im Hinblick auf das Gewölk, das in Rußland sich zusammenballt: „So groß auch das Friedensbedürfniß aller Völker Oesterreichs, so dringend es der Wunsch des böhmischen Volkes ist, daß der Waffengang mit Rußland unsererseits nur im Falle der aufgedrungenen Nothwehr angetreten werden möge, die dem gemeinsamen Vaterlande drohende Gefahr wird das böhmische Volk geschlossen und bereit finden, für den Hort der Rechte und der Freiheit mit Gut und Blut einzustehen, so wie es bisher opferwillig ge-